

Begründung: siehe Anlage 1

Für den Einreicher:

Dezernent

beschlossen im Stadtrat am:

Dr. Exner
Vorsitzender des Stadtrates

Hoffmann
1. Stellvertreter

Storz
2. Stellvertreter

Anlage 1:

Von Rödl & Partner wird empfohlen, dass die Stadt Dessau-Roßlau von der DESWA Konzessionsabgaben für Trinkwasser erhebt und an den städtischen Haushalt abführt.

Die DESWA führt für die Wasserversorgung bislang keine Konzessionsabgabe an die Stadt ab. Rechtsgrundlage für die Erhebung von Konzessionsabgaben ist das Bestehen eines Konzessionsvertrages zwischen der Stadt und dem Versorgungsunternehmen. Da die Stadt Dessau-Roßlau mittelbare Alleininhaberin der DESWA ist, sollte die Durchsetzung des Abschlusses eines Konzessionsvertrages kein Problem darstellen.

Die Erhebung der Konzessionsabgabe entspricht den Empfehlungen des Landesrechnungshofes Sachsen-Anhalt.

Die Konzessionsabgabe ist in der Praxis üblicher Weise Bestandteil der Trinkwasserpreise.

Ein Teil der zusätzlichen Kosten soll durch Optimierungsmaßnahmen im Personalbereich der DESWA (vgl. Gutachten Rödl & Partner) durch die Gesellschaft aufgefangen werden, der verbleibende Betrag führt zu einer Erhöhung der Trinkwasserpreise.

Die Verrechnung der für die DESWA zusätzlichen Belastung führt ohne entsprechende Maßnahmen hinsichtlich der Senkung anderer Kosten zu einer Erhöhung der Entgelte. Diese Erhöhung würde ohne entsprechende Kosten reduzierende Maßnahmen für die Abnehmer zu allgemeinen Bedingungen und Tarifen bei ausschließlicher Verrechnung in den Arbeitspreis rund 0,25 EUR je m³ netto (0,27 EUR je m³ brutto bei 7 % Umsatzsteuer) liegen.

In diesem Kontext werden sich dann auch die Bezugspreise der Stadt Dessau-Roßlau für das von ihr verbrauchte Wasser erhöhen. Nach Angabe der DESWA lag die gesamte Bezugsmenge der Stadt Dessau-Roßlau im Jahr 2006 bei 54.281 m³. Eine Erhöhung um 0,27 EUR je m³ würde die Stadt somit rund 14.655 EUR kosten, die das Einnahmepotenzial der Stadt entsprechend reduzieren

Die mögliche Höhe der Konzessionsabgabe wurde von Rödl & Partner ausgehend von den Ergebnissen des Jahres 2006 ermittelt.

Durch diesen Konsolidierungsvorschlag entsteht eine zusätzliche Einnahme im städtischen Haushalt in Höhe von jährlich 800 TEUR.